

V-41 #StandwithHK - Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Hongkong unterstützen

Antragsteller*in: Margarete Bause (KV München)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 China erlebt in Hongkong momentan die größten Massendemonstrationen seit der
2 gewaltsamen
3 Niederschlagung der Demokratiebewegung am Tian'anmen Platz im Jahre 1989. Die im
4 Juni
5 gestarteten Proteste mobilisieren Millionen. Zeitweise beteiligte sich mehr als ein
6 Viertel
7 der Bevölkerung daran. Auslöser war der Widerstand gegen das umstrittene
8 Auslieferungsgesetz. Kritiker*innen sehen in der Gesetzesvorlage einen massiven
9 Angriff auf
10 die gesetzlich verbrieft Autonomie Hongkongs, auf Rechtsstaatlichkeit und
11 Menschenrechte und
12 als Zeichen der wachsenden Einflussnahme Pekings in der Sonderverwaltungszone.
13 Trotz der
14 Erklärung der Hongkonger Regierungschefin Carrie Lam im Juni, die Gesetzesentwürfe
15 auf Eis
16 zu legen und der im September folgenden Ankündigung diese formell zurückzuziehen,
17 halten die
18 Proteste an. Neben der formellen Rücknahme der beiden Gesetzesänderungsentwürfe
19 stehen
20 mittlerweile umfassende politische Reformen im Fokus der Demonstrationen. Diese
21 beinhalten
22 insbesondere die Einführung eines allgemeinen Wahlrechts sowie die unabhängige
23 Aufarbeitung
24 der Polizeigewalt.
25
26 Die Hongkonger Polizei nutzt die Gewalttaten einer kleinen Anzahl von
27 Demonstrierenden als
28 Vorwand, um mit unverhältnismäßiger Gewalt gegen mehrheitlich friedlich
Demonstrierende
vorzugehen. Auch militante prochinesische Schlägertrupps konnten gegen Unbeteiligte
vorgehen
ohne von der Polizei daran gehindert zu werden. Mehrere tausend Menschen wurden im
Rahmen
der Proteste festgenommen, zahlreiche weitere wurden schwer verletzt und zum Teil
dauerhaft
geschädigt. Demonstrantinnen berichteten von sexueller Belästigung und
systematischen
sexuellen Übergriffen durch staatliche Sicherheitsakteure. Neun Menschen nahmen sich
aus
Verzweiflung über die Entwicklungen das Leben.
Trotz zunehmend massiver Repressionen und umfassender Versammlungsverbote
durch die
Hongkonger Behörden sowie militärischer Machtdemonstrationen vonseiten Pekings
lässt sich
die Demokratiebewegung in Hongkong nicht einschüchtern. Damit verteidigen sie die
Grundwerte, die auch unsere Gesellschaft tragen: Freiheit, Demokratie,
Rechtsstaatlichkeit
und die Achtung der Menschenrechte.

29

30 Zeitgleich versucht die chinesische Staatsführung auch die Meinungs- und
31 Versammlungsfreiheit in Deutschland einzuschränken. Anfragen der grünen
Bundestagsfraktion

32 belegen die Einschüchterungsversuche und das ungenierte Wirken von Spitzeln der
chinesischen

33 Volksrepublik in Deutschland, das sich insbesondere gegen Unterstützer*innen der
Hongkonger

34 Demokratiebewegung richtet.

35

36 Mit Blick auf die friedliche Revolution in Deutschland kommt uns hier eine besondere
37 Verantwortung zu, die Demokratiebewegung in Hongkong zu unterstützen. Denn auch
als die

38 Bürger*innen der DDR vor dreißig Jahren gegen die SED-Diktatur auf die Straße gingen,
schien

39 ihr Freiheitskampf chancenlos. Zu allmächtig war das autoritäre Regime, zu präsent die
40 Bilder des Tian'anmen Massakers vom 04. Juni 1989. Dass sie ihre Stimme trotzdem für
41 Freiheit und Demokratie erhoben, kann man ihnen nicht hoch genug anrechnen. Ihr
42 Freiheitskampf veränderte nicht nur die Welt wie wir sie heute kennen - er zeigte auch,
wie

43 erfolgreich David gegen Goliath sein kann.

44

45 Daher solidarisiert sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den friedlich demonstrierenden
46 Hongkonger*innen und fordert:

- 47 • die Bundesregierung dazu auf, sich mit den friedlichen Demonstranten und
48 Demonstrantinnen in der Sonderverwaltungszone Hongkong in ihrem Einsatz für
49 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte solidarisch zu erklären und die
50 friedliche Demokratiebewegung in Hongkong im Rahmen der ihr zur Verfügung
51 stehenden Möglichkeiten zu unterstützen;
- 52 • die Bundesregierung dazu auf, die Behörden in Hongkong und der Volksrepublik
53 China aufzufordern, den Schutz der Menschenrechte und die im Hongkonger
54 Grundgesetz (Basic Law) für alle Bürgerinnen und Bürger verankerten Freiheiten zu gewährleisten;
- 55 • alle Landesregierungen, die Bundesregierung sowie die EU-Kommission dazu auf,
56 in
57 Gesprächen und Verhandlungen mit der chinesischen Staatsregierung stets auf
58 die
59 Achtung des völkerrechtlich verbindlichen Hongkonger Grundgesetzes (Basic Law)
und
insbesondere des Grundsatzes „Ein Land - Zwei Systeme“ hinzuweisen;
- 59 • die Bundesregierung dazu auf, an die Regierung der Sonderverwaltungszone
60 Hongkong zu
61 appellieren ihre nationalen wie internationalen menschenrechtlichen
Verpflichtungen
einzuhalten, insbesondere die im Hongkonger Grundgesetz (Basic Law)

garantierten Rede-

, Presse- und Publikationsfreiheit sowie Vereinigungs-, Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit, als auch den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte;

- die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong darauf hinzuwirken, dass sichergestellt ist, dass Rechtsvorschriften und -auslegungen auch künftig mit ihren internationalen Menschenrechtsverpflichtungen vollständig im Einklang stehen, darunter mit den Bestimmungen des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte und des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe;
- die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong darauf hinzuwirken die angekündigte formelle Rücknahme des Gesetzes über flüchtige Straftäter und Rechtshilfe in Strafsachen aus dem Jahr 2019 umgehend umzusetzen;
- die Bundesregierung dazu auf, sich gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong dafür einzusetzen, dass das Recht aller Menschen sich friedlich zu versammeln geschützt und geachtet wird und Menschen nicht allein aufgrund ihrer Beteiligung an friedlichen Versammlungen strafrechtlichen Sanktionen unterworfen werden;
- die Bundesregierung dazu auf, sich gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong für eine unabhängige, unparteiische, effektive und zeitnahe Aufarbeitung der Polizeigewalt und dem zögerlichen Eingreifen der Polizei bei den gewalttätigen Übergriffen auf Protestierende in der U-Bahnstation Yuen Long West Rail am 21. Juli einzusetzen sowie dafür die Ergebnisse der Aufarbeitung öffentlich zugänglich zu machen;
- die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong deutlich zu machen, dass das Vorgehen der Sicherheitskräfte verhältnismäßig und in Einklang mit den UN Grundprinzipien für die Anwendung von Gewalt und den Gebrauch von Schusswaffen durch Vollzugsbeamte („UN Basic Principles on the

Use of
Force and Firearms by Law Enforcement Officials“) sein muss;

- die Bundesregierung dazu auf, sich gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong für eine systematische Reform einzusetzen, um eine direkte Wahl für das Amt des/der Regierungschef/in und zum Legislativrat einzuführen und ein Wahlsystem zu etablieren, das demokratisch, fair, offen und transparent ist und den Menschen der Sonderverwaltungszone Hongkong bei dem Verfahren zur Auswahl aller Führungspositionen ein aktives und ein passives Wahlrecht einräumt;
- die Bundesregierung dazu auf, in Gesprächen mit der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong für die Einsetzung einer unabhängigen Menschenrechtsinstitution zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte, im Einklang mit den Pariser Prinzipien, zu werben;
- die Bundesregierung dazu auf, sich für ein friedliches Konfliktmanagement zwischen der Demokratiebewegung und der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong einzusetzen;
- die Bundesregierung dazu auf, Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China in allen politischen Dialogen mit chinesischen Behörden und Regierungsvertreter*innen anzusprechen und die Regierung der Volksrepublik China an ihre völkerrechtliche Verpflichtung zur Einhaltung der britisch-chinesischen gemeinsamen Erklärung zu erinnern;
- die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung der Volksrepublik China mit Nachdruck deutlich zu machen, dass die Achtung universeller Menschenrechte und völkerrechtlich verbindlicher Abkommen keine nationale Angelegenheit ist;
- die Bundesregierung dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen, demokratische und rechtsstaatliche Institutionen in der Sonderverwaltungszone Hongkong zu fördern, beispielsweise durch das Format eines regelmäßigen Richteraustauschs;
- die Bundesregierung dazu auf, geeignete Exportkontrollmechanismen und Ausfuhrkontrollen zu schaffen, um der Volksrepublik China und insbesondere der Sonderverwaltungszone Hongkong den Zugang zu Technologien zu verwehren, die bei der Verletzung grundlegender Rechte zum Einsatz kommen;
- die europäische Kommission und das Europaparlament dazu auf, bei den bevorstehenden

- 119 EU-China Konsultationen die Achtung der Menschenrechte zur Grundlage der
120 Handelsbeziehungen zu machen;
- 121 • die Bundesregierung dazu auf, auf nationaler Ebene geeignete Möglichkeiten zu
122 schaffen, um Einzelpersonen, die an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind,
123 nach dem Vorbild des Magnitzky-Acts sanktionieren zu können;
- 124 • die Bundesregierung dazu auf, im Rat der europäischen Union auf die Umsetzung
125 der Entschließung des Europaparlaments zu einer europäischen Regelung für
126 Sanktionen bei Verstößen gegen die Menschenrechte hinzuwirken, damit Einzelpersonen, die an
127 Menschenrechtsverletzung beteiligt sind, nach dem Vorbild des Magnitzky-Acts
128 sanktioniert werden können;
- 129 • die Bundesregierung dazu auf, Versuche der Einflussnahme staatlicher
130 chinesischer Stellen auf Demonstrationsfreiheit, Unversehrtheit der Demonstrierenden und
131 freie Meinungsäußerung in Deutschland deutlich zu verurteilen, zu sanktionieren und
132 geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um entsprechende Einflussnahmen zu
133 unterbinden und die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Deutschland zu schützen und zu
garantieren;
- 134 • alle Landesregierungen und die Bundesregierung dazu auf, die ihnen
135 unterstehenden Sicherheitsbehörden bezüglich des Agierens chinesischer Agent*innen in
136 Deutschland zu sensibilisieren;
- 137 • alle Landesregierungen und die Bundesregierung dazu auf, die ihnen
138 unterstehenden Sicherheitsbehörden anzuweisen, mit Nachdruck gegen durch ausländische
139 Nachrichtendienste gesteuerte Versuche der Einschränkung von Versammlungs-
140 und Meinungsfreiheit in Deutschland vorzugehen;
- 141 • die Bundesregierung dazu auf, gesetzgeberische Maßnahmen zu prüfen, um
142 deutsche Unternehmen vor politischer Einflussnahme durch die Volksrepublik China zu
schützen.

weitere Antragsteller*innen

Hannah Marie Neumann (Berlin-Lichtenberg KV); Peter Heilrath (KV München); Michael Kellner (KV Berlin-Pankow); Jamila Schäfer (München KV); Omid Nouripour (KV Frankfurt); Claudia Roth (KV Augsburg-Stadt); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Ssaman Mardi (KV Regensburg-Stadt); Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt); Reinhard Bütikofer (KV Berlin-Mitte); Danyal Bayaz (Kurpfalz-Hardt KV); Henrike Hahn

(KV München); Heidi Schiller (KV München); Hermann Josef Brem (KV München); Dieter Janecek (KV München); Franziska Brantner (Heidelberg KV); Maria Wißmiller (KV München); Tim Demisch (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Kristian Warnholz (Pinneberg KV); sowie 12 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.